

Beschäftigung nach staatlichen Ebenen

Der Anteil der auf den nachgeordneten Verwaltungsebenen tätigen öffentlich Bediensteten ist ein Indikator für den Grad der Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung. In der Regel deutet ein größerer Anteil des Personalbestands auf nachgeordneter staatlicher Ebene darauf hin, dass mehr Zuständigkeiten bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen bei den Regionen und Gemeinden liegen. Die Dezentralisierung kann zwar die Art und Weise verbessern, wie der Staat auf die lokalen Bedürfnisse und Prioritäten eingeht, doch kann sie innerhalb der einzelnen Länder auch zu Unterschieden bei der Erbringung von Dienstleistungen führen.

2011 hatten die meisten Länder mehr Beschäftigte auf nachgeordneter als auf zentraler Ebene. In Föderal- bzw. Bundesstaaten ist weniger als ein Drittel aller öffentlich Bediensteten auf Ebene der Zentralregierung beschäftigt, ein Hinweis darauf, dass der Dezentralisierungsgrad dort höher ist. Bei Einheitsstaaten variieren die Prozentsätze öffentlich Bediensteter in der Zentralverwaltung wesentlich stärker, sie reichen von weniger als 20% in Japan und Schweden bis rd. 90% in Irland, der Türkei und Neuseeland.

Der Anteil der öffentlich Bediensteten ist zwischen 2001 und 2011 auf Ebene der Zentralregierung relativ stabil geblieben, wobei in der Mehrheit der OECD-Mitgliedsländer ein leichter Trend hin zu einer stärkeren Dezentralisierung zu erkennen ist. In ein paar Ländern hat sich in diesem Zeitraum eine starke Dezentralisierung vollzogen, so in Spanien, der Tschechischen Republik und in Japan, wo der Anteil der auf nachgeordneter staatlicher Ebene tätigen öffentlich Bediensteten um mindestens 10 Prozentpunkte gestiegen ist. Im Fall Spaniens war dieser Anstieg durch die Übertragung von Zuständigkeiten an die nachgeordneten Gebietskörperschaften sowie den seit 2010 umgesetzten Personalabbau bedingt. Nur in einem Land – Norwegen – war in diesem Zeitraum eine bemerkenswerte Zentralisierung des Personalbestands im öffentlichen Dienst zu beobachten und dort hat sich der Anteil des Personalbestands auf Ebene der Zentralregierung um 13 Prozentpunkte erhöht, obgleich nahezu zwei Drittel der öffentlich Bediensteten nach wie vor auf Ebene der nachgeordneten Gebietskörperschaften beschäftigt sind.

Methodik und Definitionen

Die Daten wurden von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der OECD erhoben und beziehen sich auf 2001 und 2011, sofern nicht anders angegeben. Die Daten basieren auf den Definitionen des *Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (SNA)* und beziehen sich auf die Beschäftigung auf der Ebene der Zentralregierung und der nachgeordneten Gebietskörperschaften. Bei den nachgeordneten Gebietskörperschaften handelt es sich um Gliedstaaten und lokale Gebietskörperschaften, einschließlich Regionen, Provinzen und Kommunen. Zusammen bilden die Zentralregierung und die nachgeordneten Gebietskörperschaften den Sektor Staat. Zusätzlich übermittelten die Länder Beschäftigungsdaten zu den ebenfalls zum Sektor Staat zählenden Sozialversicherungsträgern, zu denen alle institutionellen Einheiten auf zentraler, gliedstaatlicher und lokaler Ebene gehören, deren Haupttätigkeit die Bereitstellung von Sozialleistungen ist. Da Sozialversicherungsträger auf verschiedenen staatlichen Ebenen tätig sind, wurde die Beschäftigung in dieser Kategorie separat erfasst, sofern nicht anders angegeben. In den meisten Ländern, außer in Frankreich, Mexiko und Deutschland, ist die Beschäftigtenzahl der Sozialversicherungsträger gering und stellt nur einen kleinen Prozentsatz des gesamten Personalbestands dar. In den Datensätzen handelt es sich bei den folgenden Ländern um Föderal- bzw. Bundesstaaten: Belgien, Brasilien, Kanada, Deutschland, Mexiko, Russische Föderation, Spanien (wird als Quasi-Föderalstaat betrachtet), Schweiz und Vereinigte Staaten.

Die Daten beziehen sich auf die Zahl der Beschäftigten, mit Ausnahme Italiens, der Niederlande und Neuseelands, wo es sich um Vollzeitäquivalente (VZÄ) handelt. Infolgedessen sind die Beschäftigtenzahlen für diese drei Länder im Vergleich zu niedrig angegeben.

Weitere Informationen

Charbit, C. und M. Michalun (2009), „Mind the Gaps: Managing Mutual Dependence in Relations among Levels of Government“, *OECD Working Papers on Public Governance*, Nr. 14, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/221253707200>.

OECD (2011), *Public Servants as Partners for Growth: Toward a Stronger, Leaner and More Equitable Workforce*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264166707-en>.

Anmerkungen zu den Abbildungen

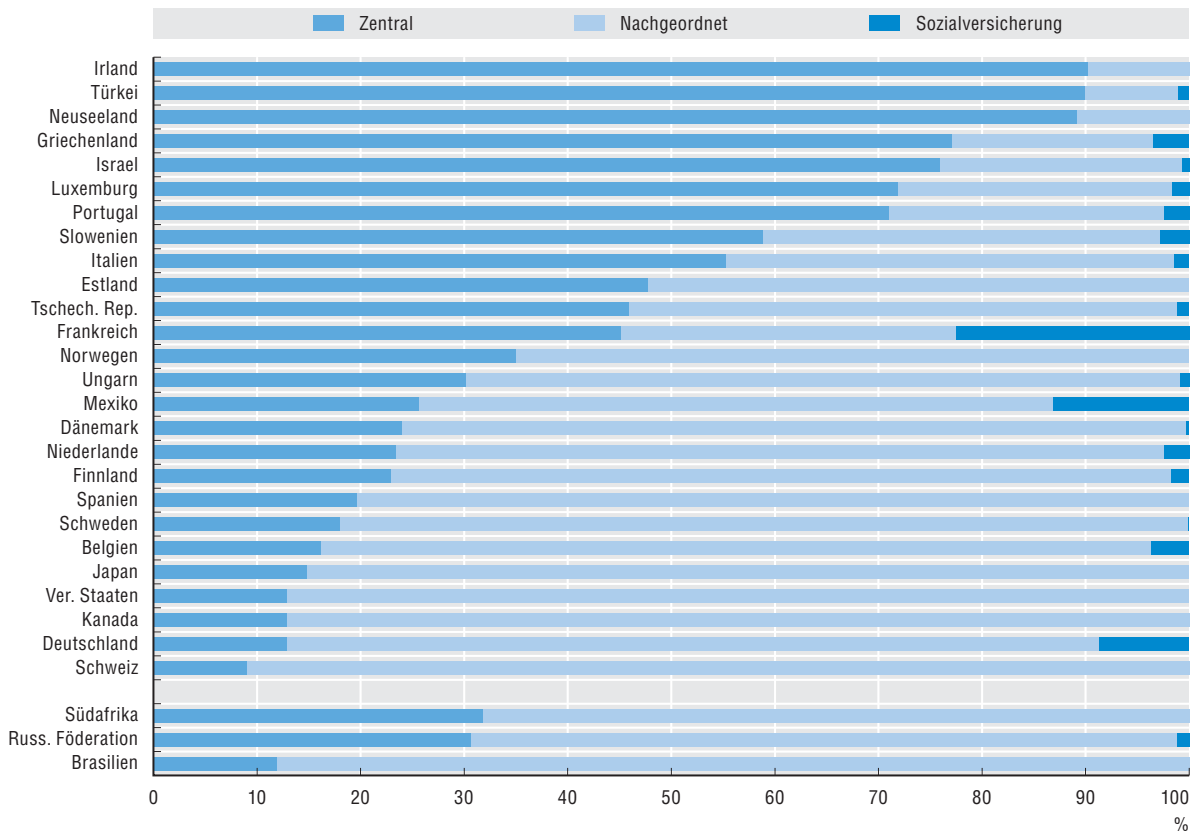
Für Australien, Österreich, Chile, Island, Korea, Polen, die Slowakische Republik und das Vereinigte Königreich stehen keine Daten zur Verfügung. Die Beschäftigtenzahl der Sozialversicherungsträger wurde für Kanada, Estland, Irland, Japan, Neuseeland, Norwegen, Spanien, die Schweiz und die Vereinigten Staaten nicht separat erfasst (d.h. sie wurde in die Beschäftigtenzahl der Zentralregierung und/oder der nachgeordneten Gebietskörperschaften eingerechnet). Die Daten für Deutschland, Irland, Norwegen und Schweden beziehen sich auf 2010 anstelle von 2011. Die Daten für Japan, Mexiko und die Russische Föderation beziehen sich auf 2009 anstelle von 2011. Die Daten für Griechenland, Ungarn und die Schweiz beziehen sich auf 2008 anstelle von 2011. Die Daten für die Tschechische Republik beziehen sich auf 2007 anstelle von 2011. Die Daten für Frankreich und Südafrika beziehen sich auf 2006 anstelle von 2011.

5.3: Die Daten für Brasilien beziehen sich auf 2009. Die Daten für Portugal beziehen sich auf 2008.

5.4: Für Portugal stehen keine Daten zur Verfügung.

Hinweis zu den Daten für Israel: <http://dx.doi.org/10.1787/888932315602>.

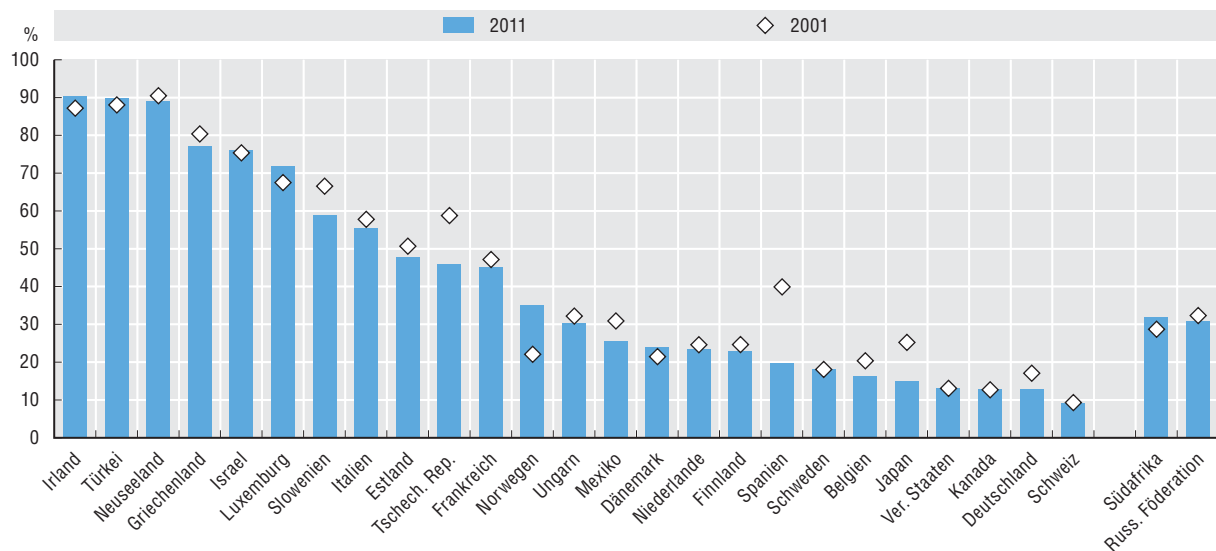
5.3. Verteilung der Beschäftigung auf die verschiedenen staatlichen Ebenen (2011)



Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO), LABORSTA (Datenbank).

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932942279>

5.4. Veränderung des Prozentsatzes der öffentlich Bediensteten auf Ebene der Zentralregierung (2001 und 2011)



Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO), LABORSTA (Datenbank).

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932942298>



From:
Government at a Glance 2013

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/gov_glance-2013-en

Please cite this chapter as:

OECD (2014), "Beschäftigung nach staatlichen Ebenen", in *Government at a Glance 2013*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264209541-33-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.